

Unheilige Allianz

Verbraucher Fernwärme ist effizient und umweltfreundlich. Doch die Kunden sind den Versorgern ausgeliefert. Viele Unternehmen nutzen ihre monopolartige Stellung, um mit der Klimawelle Kasse zu machen.

Sebastian Henselmann war begeistert, als er in sein Niedrigenergiehaus in Leverkusen zog. Dach und Wände gedämmt, dreifach verglaste Fenster und ein energetisch besonders günstiger Fernwärmeschluss: sparsamer und ökologischer, so schien es ihm, hätte das neue Heim für seine fünfköpfige Familie kaum ausfallen können. »Ich war happy«, sagt er, »dass die Technik auf dem neuesten Stand sein sollte.«

Umso größer war sein Ärger, als die erste Heizkostenrechnung schlimmer aussah als in alten Zeiten. Fast 2000 Euro verlangte die Energieversorgung Leverkusen (EVL) für die jährliche Wärmezufuhr und damit gut fünfmal so viel, wie er zuvor für sein unsaniertes und zugiges Reihenhaus im benachbarten Langenfeld bezahlt hatte. Auch viele von Henselmanns Nachbarn machten die Erfahrung, dass ihr vermeintliches Niedrigenergiehaus überdurchschnittlich hohe Heizkosten verursachte. »Es ist eine Frechheit«, findet er, »wie Eigentümer hier unter dem Deckmantel des Umweltschutzes abkassiert werden.«

Knapp sechs Millionen Haushalte in Deutschland bringen ihre Wohnung mit Fernwärme auf Temperatur – und gehen dabei nicht zu Unrecht davon aus, Gutes fürs Klima zu tun. Weil das Heizwasser für ihr Zuhause aus Anlagen stammt, die zugleich Strom erzeugen oder Müll verbrennen, gilt diese Energieversorgung als besonders effizient.

Leider aber sind die Kunden nicht nur über oft kilometerlange Anschlussleitungen an ihre Versorger gebunden. Viele fühlen sich auch durch Knebelverträge gefesselt, wie sie in der übrigen Energiewirtschaft inzwischen undenkbar wären. Während die Politik beim Geschäft mit Strom und Gas in den vergangenen Jahren für Wettbewerb gesorgt hat, können es sich die Fernwärmeunternehmen in einem »unregulierten Monopolmarkt« bequem machen, wie Thorsten Kasper, Justiziar beim Verbraucherzentrale Bundesverband, klagt. Die Kunden, sagt er, seien ihren Versorgern oft »ohnmächtig ausgeliefert«.

In anderen Branchen laufen Versorgungsverträge höchstens 24 Monate, bei der Fernwärme dagegen sind es oft zehn Jahre. Den Anbieter zu wechseln ist unmöglich. Und wenn der Kunde lieber mit Gas oder Solarzellen heizen will, muss er seinen Vertrag neun Monate vor Ablauf

kündigen. Falls die Kommune keinen »Anschluss- und Benutzungszwang« erlassen hat, denn dann ist jeder Ausstieg ausgeschlossen.

Schon vor sieben Jahren hegte das Bundeskartellamt den Verdacht, dass die Fernwärmepreise in einer Reihe von Versorgungsgebieten »missbräuchlich überhöht« seien könnten. Und seither, so legen es die Vergleiche des Abrechnungskonzerns Techem nahe, haben sich die Verhältnisse kaum gebessert. Im Gegenteil: Noch 2008 bewegten sich die Verbrauchskosten von Fernwärme auf einem ähnlichen Niveau wie die von Erdgas oder Heizöl. Heute dagegen liegen sie um mehr als 30 Prozent darüber (siehe Grafik). In Niedersachsen, so ergab eine Analyse der zuständigen Wettbewerbsaufseher, waren die Tarife in jedem zehnten Fernwärmegebiet unzulässig überhöht.

Dabei sind es nicht nur die Preise, mit denen die Branche ihre Bilanzen aufbessert. Manchmal liefern die Unternehmen ihren Kunden einfach mehr Energie als nötig, wie im Fall des Leverkusener Hausbesitzers Henselmann. Für ein Eigenheim seines Typs seien in der Regel geringe Leistungen ausreichend, sagt der Hamburger Energieberater Hermann Michael Hell. Hier seien sie aber »sehr üppig bemessen«, was zu entsprechend hohen Grundgebühren beitrage. Würde Henselmann mit Gas heizen, so hat Hell errechnet, könnte er rund 750 Euro im Jahr sparen.

Wiederholt forderte der Eigentümer seinen Versorger deshalb zu Korrekturen auf. Doch der sieht dafür keinen Grund. Die gelieferte Leistung sei »von dem Bauträger durch ein Ingenieur-Planungsbüro ermittelt« worden, heißt es in einer Stellungnahme. »Entsprechend dieser Angaben« habe die EVL »die Anlage fehlerfrei eingerichtet«. Und entsprechend, so die Firma, werde auch »beliefert«.

Nach diesem Prinzip läuft es nicht nur in Leverkusen. Gerade in Neubaugebieten fühlen sich die Verbraucher oft einer unheiligen Allianz aus Bauträgern, Versorgungskonzernen und Kommunalverwaltungen ausgeliefert. Häufig sind die Beteiligten auch noch gesellschaftsrechtlich verflochten, um sich umso leichter die Verantwortung oder die Gewinne zuschieben zu können. Die Bauträger profitieren von lukrativen Aufträgen der Kommunen, die Kommunen von den stabilen Gewinnen

der Versorger, die Versorger von gut dotierten Verträgen mit den Bauträgern.

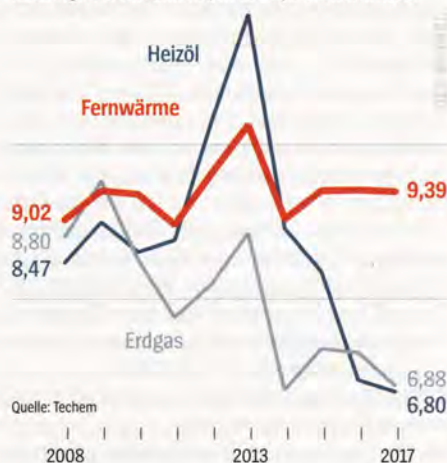
Die Kunden leiden erst recht, wenn etwas schief läuft – wie jüngst in Freiburg, der selbst ernannten Öko-Hauptstadt der Republik. Dort waren Kommunalpolitiker und Ingenieure auf die Idee gekommen, im Baugebiet Gutleutmatten ein angeblich besonders sparsames System zu testen. Weil die Wohnungen im Sommer kaum Energie benötigen, sollten Sonnenkollektoren auf den Hausdächern das geplante Blockheizkraftwerk ergänzen.

Ein raffinierter Plan. Leider hatten seine Erfinder nicht einkalkuliert, dass die Kosten des doppelten Energiesystems seinen Einspareffekt offenbar bei Weitem übersteigen. Und so stellt die Freiburger Badonova ihren Kunden nun einen Wärmepreis von über 21 Cent pro Kilowattstunde in Rechnung, mehr als doppelt so viel wie im Durchschnitt der Republik.

Viele Hausbesitzer fühlen sich betrogen, so wie Herbert Lenk, der als pensionierter Chemiker vor einigen Jahren nach Gutleutmatten zog. Er sei »stinksauer«,

Teures Monopol

Entwicklung der Verbrauchskosten für Raumheizung in Deutschland, in Euro je Quadratmeter



LENA GIOVANNAZZI / DER SPIEGEL

schimpft er, weil er trotz aller Bemühungen, energieeffizient zu bauen, nun Heizkosten habe »wie in einem Altbau«.

Ein Umstand, den das Freiburger Versorgungsunternehmen nicht bestreitet, aber für unbedenklich hält. Die Badenova verweist auf eine entlastende Stellungnahme der zuständigen Wettbewerbsbehörde und einen »grundsätzlichen« Zusammenhang: »Je geringer der Wärmebedarf im Gebäude, umso höher die spezifischen Kosten in Cent pro Kilowattstunde.«

Doch so einfach ist die Sache nicht. Ein internes Gutachten der Stadt Freiburg kommt zu einem anderen Urteil. In der Expertise, die bis heute unter Verschluss gehalten wird, ist von einer »offensichtlichen Fehlplanung« und einem »zu hohen Preis je Kilowattstunde« die Rede. Zudem sei »nicht davon auszugehen«, dass sich »die wirtschaftliche Lage der Anlage baldig verbessern« werde.

Deshalb, lautet die Empfehlung, werde in dem Stadtteil am besten noch einmal von vorn angefangen – mit einem ganz anderen Wärmesystem.

Die Regeln für die Branche sind lax. Wollen die Versorger ihre Preise erhöhen, benötigen sie keinen Stempel einer Genehmigungsbehörde. Kontrolliert werden sie nicht durch die mächtige Bundesnetzagentur, sondern meist durch Landeskartellämter, in denen oft nur wenige Beamte Dienst tun. Und wenn die Unternehmen ihre Tarife anpassen, regiert oft die Willkür, wie eine Untersuchung des Bundes der Energieverbraucher (BdE) ergab. Mal verwiesen die Anbieter auf die Entwicklung der Gaspreise, obwohl sie eine Müllverbrennungsanlage betrieben. Mal legten sie die Lohnentwicklung von Lokführern zugrunde. Von einer Vorgehensweise »ohne Rücksicht auf Verbraucher- und Umweltinteressen« spricht BdE-Vorsitzende Leonora Holling.

Kein Wunder, dass sich nun vielerorts harmlose Hausbesitzer in aufsässige Wutkunden verwandeln. In Offenbach protestieren fast 60 Anwohner eines Baugebiets gegen Jahresrechnungen von mehr als 8000 Euro. Im Göttinger Ortsteil Hertjeshausen wehrt sich eine Anwohnergemeinschaft gegen den Zwangsanschluss an ein

teures sogenanntes Nahwärmenetz. Und in Böblingen geht eine Bürgerinitiative seit Jahren gegen die Stadtwerke vor, die den Bezug von Fernwärme seit 2014 teilweise um mehr als ein Drittel verteuert haben.

Seit fast anderthalb Jahren ist dort ein neuer Bürgermeister im Amt. Ein Schlichtungsverfahren ist eingeleitet, es läuft auf eine einvernehmliche Lösung zu. Doch Initiatorsprecher Peter Aue reicht das nicht. Er fordert tief greifende Reformen auf Bundesebene. »Fernwärme ist ökologisch und gesamtökonomisch super«, sagt er. Aber es fehlten »eine wirksame Preisaufsicht und gleiche Verbraucherrechte wie bei Strom und Gas«. Das sehen inzwischen auch viele Fachleute und Politiker so, zum Beispiel Verbraucherministerin Christine Lambrecht (SPD) und ihre Kollegen aus den Ländern. Die Ressortchefs sehen »dringenden Handlungsbedarf«.

Die Bau- und Wohnungswirtschaft erhöht ebenfalls den Druck. Andreas Mattner, Präsident des Zentralen Immobilienausschusses, fordert »mehr Wettbewerb und Transparenz«. Die Verordnung für die Branche sei »veraltet« und müsse »dringend überarbeitet werden«.

Sogar bei den Versorgern selbst wächst inzwischen die Einsicht, dass sich etwas ändern muss. Die Frankfurter Mainova etwa gewährte ihren Kunden jüngst ein außerordentliches Kündigungsrecht, weil sie ihr Preissystem geändert hatte. »Wir fühlen uns verpflichtet, den Kunden volle Transparenz einzuräumen«, sagt Mainova-Vorstand Norbert Breidenbach. Jeder müsse selbst entscheiden, wie er heizen wolle. »Diesem Wettbewerb muss sich die klimafreundliche Fernwärme stellen.«

Die Cheflobbyisten des Wirtschaftszweigs aber sind anderer Ansicht. Beim Einbau von Heizungen bestehe heute schon »uneingeschränkter Wettbewerb«, sagt Werner Lutsch, Geschäftsführer des Branchenverbands AGFW. Mehr Kündigungsrechte würden nur »die Versorgung verteuern«. Die Konditionen der Branche hätten sich »bewährt«. Kurz: Alles muss bleiben, wie es ist.

Bislang kam die Branche damit durch. Viele Unternehmen sind in städtischem Besitz, und so können sie sich im Zweifel auf die Fürsprache der mächtigen Kommunallobby bei SPD und Union verlassen. Geht es nach ihr, soll es so auch bei der vorgesehenen Verordnungsnovelle laufen.

Zuständig ist Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU), der gern von Markt und Wettbewerb schwärmt. Nur wenn es um die lukrativen Geschäfte der Versorger geht, hat er es offenbar nicht eilig. Die Überlegungen für die Reform, teilt eine Sprecherin seines Hauses mit, stünden »noch ganz am Anfang«.

Michael Sauga
Mail: michael.sauga@spiegel.de



PAUL LANGROCK / ZENIT / LAIF

Fernwärmekunde Lenk, Heizkraftwerk in Düsseldorf: »Kosten wie im Altbau«